

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Bundesparteitag möge beschließen:

3

4

5 Angesichts der Beschäftigungskrisen einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäi-
6 schen Union fordert der Bundesparteitag die SPD-Fraktionen im Deutschen Bundes-
7 tag und im Europäischen Parlament auf, beschäftigungs- und wachstumsfördernde
8 Programme zugunsten dieser Länder zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu initi-
9 ieren, um die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern zu bekämpfen.

10 Diese Programme sind nicht alleine durch die öffentlichen Haushalte dieser Länder
11 zu finanzieren. Vielmehr sind Instrumente wie z.B. die Europäische Investitionsbank
12 zu nutzen. Finanzielle Konditionen, wie sie bei Entwicklungshilfekrediten internatio-
13 nal üblich sind, können als Muster derartiger Verträge dienen.

14

15 Begründung:

16 Eine Reihe von Staaten der Europäischen Währungsunion ist in sogenannte Schul-
17 denkrisen verwickelt. Die internationalen Finanzmärkte erschweren die Umsetzung
18 von Sanierungsstrategien dieser Länder durch erhebliche Risikozuschläge zu den an-
19 sonsten üblichen Kreditkonditionen.

20 Gleichzeitig dominieren unter den öffentlich diskutierten und von der EU empfohle-
21 nen Sanierungsstrategien die Programme zur Kürzung der öffentlichen Haushalte.
22 Derartige Programme zeitigen bereits jetzt in diesen Ländern die fatalen Folgen
23 Brüning'scher Parallelpolitik, die im Deutschland der dreißiger Jahre die gesellschaft-
24 liche Katastrophe der Weimarer Republik mit verursacht hat.

25 Auch wenn einerseits die betroffenen Länder ihren Eigenbeitrag zur Überwindung
26 der Krise beitragen müssen, so ist im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einer
27 bloßen Parallelpolitik gemeinschaftlich entgegen zu wirken.

**Angenommen und weitergeleitet an den nächsten ordentli-
chen Landesparteitag am 27. April 2013.**